

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Andreas Krahl

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Ralf Stadler

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Johann Häusler

Staatsministerin Melanie Huml

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)**

**Arbeitssituation des Klinikpersonals verbessern! (Drs. 18/6161)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Klinikpersonal wirkungsvoll schützen und stärken (Drs. 18/6216)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u. a. (FREIE WÄHLER)**

**Mehr Wertschätzung für die Beschäftigten in Bayerns Kliniken, verstärkte Pflege der Pflegenden (Drs. 18/6217)**

Ich weise darauf hin, dass die Abstimmung vor 18:00 Uhr zu erfolgen hat. Ich gebe in Ihre Hände, wie schnell Sie mit den Anträgen verfahren wollen. – Ich rufe als erste Rednerin Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion auf.

**Ruth Waldmann (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Die Ärztinnen und Ärzte, das Pflegepersonal, die Heilmittelerbringer, Apotheker und in weiteren Gesundheitsberufen Beschäftigte leisten eine enorm wichtige und wertvolle Arbeit und verdienen Dank und Anerkennung. Diese Wertschätzung drückt sich aber nicht im Abwiegeln, Verharmlosen und Zurückweisen von Zuständigkeiten und auch nicht in allgemeinen Dankesfloskeln aus, aus denen am Ende nichts folgt. Diese Leute stehen unter enormem Druck und leiden teilweise unter extrem belastenden Arbeitssituationen.

Ihnen entgegenzukommen, ist daher natürlich keine Frage der Tarifautonomie – das ist klar –, sondern es geht darum zu identifizieren, welche wirksamen eigenen Beiträge die Staatsregierung bzw. der Freistaat Bayern zur Verbesserung der Lage leisten kann.

Man muss nicht erst auf Arbeitskampfmaßnahmen, zum Beispiel der Klinikärzte, warten, um längst bekannte Missstände an den Stellen zu beheben, an denen man Einflussmöglichkeiten und Verantwortung hat. Das betrifft insbesondere die Universitätsklinika. Aufsichtsräte sind natürlich nicht für Tarifverhandlungen zuständig. Sie können aber bei ihren Geschäftsführungen sehr wohl auf bestimmte Angebote und zum Beispiel darauf drängen, auf Vorschläge und Forderungen des Marburger Bundes einzugehen. Sie sollen die Arbeitsbedingungen an den eigenen Häusern zur Kenntnis nehmen und nachfragen, warum es zu derart drastischen Maßnahmen, zum Beispiel Ärztestreiks, kommen kann.

Das ist Ihre politische Verantwortung. Sonst bräuchte man keine politischen Aufsichtsräte. Wenn Sie diese Verantwortung nicht ernst nehmen wollen, verkennen Sie die Situation. Seien Sie über unseren Antrag und unsere Vorschläge froh, ebenso über die der GRÜNEN, wenn Ihnen nicht einfällt, mit welchen Instrumenten zur Verbesserung der Arbeitssituation beigetragen werden kann. Von den GRÜNEN werden Sie gleich hören, was in puncto Pflegepersonalregelungen und Personalbemessung auf der Agenda steht.

Die Bayerische Staatsregierung verfügt mit den Instrumenten der Krankenhausinvestitionsförderung und der Krankenhausplanung über Möglichkeiten, zur Verbesserung der Arbeitssituation des ärztlichen und des pflegerischen Personals in den Kliniken und Krankenhäusern beizutragen. Das liegt auch in Ihrer Zuständigkeit. Durch die Erhöhung der Investitionskostenförderung entsprechend dem tatsächlichen Bedarf erhalten die Kliniken Spielräume, die sie für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen können.

Aspekte des Gesundheits- und des Arbeitsschutzes kann die Staatsregierung als verpflichtendes Förderkriterium im Rahmen der Krankenhausplanung berücksichtigen. Die Staatsregierung verfügt in den Aufsichtsräten der Universitätsklinika über Mehrheiten und kann dort die jeweiligen Geschäftsführungen zum Abschluss gesundheitsförderlicher Vereinbarungen in den Tarifverträgen auffordern. Das ist in Baden-Württemberg, in Berlin und in NRW bereits zum Teil gelungen. Dort wurden tatsächlich Verbesserungen erreicht. Es gibt viel zu tun! Packen Sie es an!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe natürlich gesehen, dass Sie in Ihrem ergänzenden, nachgezogenen Antrag behaupten, es gäbe da keinerlei Zuständigkeiten, wir würden das verkennen. Das kann ich nicht nachvollziehen; denn unser Antrag lautet: "Der Bayerische Landtag unterstützt alle Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation in den Krankenhäusern Bayerns." Im zweiten Teil heißt es: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Handlungsmöglichkeiten [...] zu nutzen, um die Belastung des Krankenhauspersonals zu reduzieren." – Ich sehe nicht, was man dagegen einwenden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Versuchen Sie also nicht, die Verantwortung und die Zuständigkeit wegzuschieben, sondern nutzen Sie Ihre Einflussmöglichkeiten, um an den bayerischen Kliniken die Situation zu verbessern; denn das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Andreas Krahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

**Andreas Krahl (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der SPD hat vollkommen richtig erkannt, dass in unseren Kliniken die Arbeitsbedingungen diejenigen krank machen, die eigentlich heilen, helfen und pflegen sollen. Pflegende, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten, Ärztinnen und Ärzte

arbeiten am Rande der Erschöpfung und weit darüber hinaus. Wir wissen nicht erst seit gestern, dass die Situation so ist. Wir wissen nicht erst seit ein paar Tagen, dass in diesen Bereichen deutlich überhöhte Krankenstände vorliegen und dass die Kollegen regelmäßig zu Medikamenten und Alkohol greifen, damit sie noch eine Nachtschicht dranhängen können.

Die SPD legt einen Dringlichkeitsantrag vor, in dem sie das Problem richtig erkennt, nämlich dass die Rahmenbedingungen anders gesetzt werden müssen. Die CSU zieht einen Dringlichkeitsantrag nach und sagt, ohne auch nur einen Lösungsvorschlag zu machen: Liebes medizinisches Fachpersonal, danke schön, dass ihr euch da draußen aufarbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das Problem habt ihr richtig erkannt. Unseres Erachtens ist es richtig, an den Rahmenbedingungen zu arbeiten. Nur: Der Antrag ist gut gemeint, aber leider nicht gut gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Frau Waldmann, Sie haben es vorhin angesprochen: Die Investitionskostenförderung dient genau dazu, Maßnahmen zu fördern, wie der Name schon sagt. Das heißt, die Investitionskostenförderung unterfüttert Umbauten in den Kliniken, finanziert Neubauten, investiert also in die sogenannte Hardware. Weil die Förderrichtlinien so extrem kompliziert sind, lagen 2018 im Freistaat Bayern noch immer 114 Millionen Euro ungenutzt in diesem Fördertopf. Diese Investitionskostenförderung wird aber in keiner Weise Rahmenbedingungen verändern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doch, doch!)

Was die Kolleginnen und Kollegen draußen wirklich entlasten würde, ist allerdings ein Personalbemessungsinstrument. Umso mehr verwundert es mich, dass wir beim Volksbegehren noch miteinander für dieses Bemessungsinstrument gekämpft haben, aber jetzt anscheinend ein anderer Vorschlag kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ja, das Personalbemessungsinstrument gibt es. Das ist eigentlich die schöne Nachricht. Wir brauchen dieses Instrument gar nicht zu erfinden, sondern die Deutsche Krankenhausgesellschaft, ver.di und der Deutsche Pflegerat haben genau dieses Personalbemessungsinstrument vorgeschlagen und erprobt. Wir müssten es in Bayern nur anwenden und umsetzen. Das ist die Aufgabe der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Personalbemessungsinstrument können wir auf die Ärztinnen und Ärzte ausweiten. Dadurch gäbe es im Nachklang zu der in der letzten Woche geführten Debatte bezüglich der Notärztinnen und Notärzte einen Spielraum. Die Staatsregierung könnte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass dieses Personalbemessungsinstrument dort auch wirklich greift.

Zu guter Letzt müssen wir in Zukunft auf diesem Gebiet wieder eines gewährleisten: dass in diesem therapeutischen Team jeder und jede genau das macht, was er oder sie kann und was er oder sie gelernt hat. Bei den Medizinerinnen und Medizinern ist das die Diagnosestellung und Therapieentscheidung, bei den Pflegefachkräften die Therapiedurchführung und -sicherstellung sowie die komplette evidenzbasierte Durchführung des Pflegeprozesses. Wenn wir das alles in einen flächendeckenden Tarifvertrag gießen können – ja, bitte, dann sehr gerne, her damit!

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege.

**Andreas Krahl (GRÜNE):** Ach, es tut mir leid. Ich dachte, es würde noch wesentlich länger – – Ich hätte noch sehr, sehr viel Wichtiges zu sagen.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ja. Herr Kollege, ich darf Sie bitten, jetzt – –

**Andreas Krahl (GRÜNE):** Ich mache es kurz.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Nein, nein. Herr Kollege, jetzt ist für Sie keine Redezeit mehr.

**Andreas Krahl (GRÜNE):** Ich mache es kurz.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich behandle alle Fraktionen gleich, und Sie genauso. – Ich erteile jetzt das Wort Frau Kollegin Waldmann zu einer Zwischenbemerkung. Vielleicht haben Sie dann eine Chance.

(Andreas Krahl (GRÜNE): Wunderbar! )

**Ruth Waldmann (SPD):** Vielleicht führt das ja dazu, dass Sie noch etwas ergänzen können.

Ich möchte etwas richtigstellen. Erstens kann überhaupt keine Rede davon sein, dass wir nicht mehr bei den Forderungen des gemeinsam getragenen Pflegevolksbegehrens mit dabei wären, im Gegenteil! Natürlich warten wir und freuen wir uns auf das Personalbemessungsinstrument, das auch wir überall angewendet sehen wollen.

Zweitens ist die Investitionskostenförderung im Hardware-Bereich für Investitionen gedacht. Das ist richtig. Sie wissen aber vielleicht – das ist in vielen, in großen wie kleinen Kliniken des Landes der Fall –, dass in Kliniken, die finanziell nicht ausreichend gefördert werden, eben querfinanziert wird. Da wird eben mit Geldern aus den Behandlungspauschalen, die dafür nicht gedacht sind, querfinanziert, um nötige Investitionen doch zu tätigen. Da hilft es auch gar nichts, wenn sich in dem Topf insgesamt viel angesammelt hat. Denn diese Querfinanzierung passiert bei der einzelnen Klinik, die sich nicht anders zu helfen weiß, eben leider. Das belastet die Situation zusätzlich.

Die Gelder, die eigentlich dazu gebraucht würden, um die Arbeitsbedingungen sowohl für die Ärzte als auch für das Pflegepersonal und das weitere Personal zu verbessern, bleiben dann leider nicht frei.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Kollege, Sie haben eine Minute Antwortzeit.

**Andreas Krahl (GRÜNE):** Frau Kollegin, Sie sind jetzt noch mal auf das Thema gekommen. Ich stelle mir aus eigener Erfahrung die Frage: Wie soll das Pflegepersonal entlastet werden, wenn eine Klinik irgendwo einen Neubau hinstellt und damit vielleicht zusätzliche Behandlungskapazität schafft? Beispielsweise wird irgendwo ein neuer Kernspintomograph angeschafft, der zusätzliches Personal aus dem Alltagsgeschäft abzieht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Erkundigen Sie sich mal bei den Krankenhäusern, dann sind Sie schlauer!)

– Herr Kollege von der SPD, ich habe über zehn Jahre in einem Krankenhaus gearbeitet. Genau das sind die Probleme. Sobald es irgendwo einen Neubau gibt, fehlt das Personal.

(Ruth Waldmann (SPD): Keine Frage!)

Bevor wir in diese Debatte einsteigen, müssen wir sicherstellen, dass das Personal in keiner Weise überlastet ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Davon reden wir!)

Es freut mich, dass Sie beim Thema Personalbemessungsinstrument wieder den Schulterchluss suchen. In diesem Sinne lehnen wir die Anträge von CSU und SPD ab. Bevor wir irgendetwas anderes machen können, brauchen wir das Personalbemessungsinstrument.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)



**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN haben für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich ein Abstimmungsergebnis bekannt. Es betrifft den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Freie Bürger ernst nehmen: Richtgeschwindigkeit statt Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen", Drucksache 18/6160. Mit Ja haben 14 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 140 Abgeordnete, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Als nächsten Redner rufe ich nun Herrn Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion auf.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Streit zwischen SPD und GRÜNEN nur ungern stören, aber wir müssen zu diesem wichtigen Thema des SPD-Dringlichkeitsantrags "Arbeitssituation des Klinikpersonals verbessern!" auch einiges sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sind wir ganz gespannt! Sie sind ja auch in der Verantwortung!)

Das Ziel des Antrags ist richtig. Sie werden auch niemanden finden, der gegen eine Verbesserung der Arbeitssituation des Klinikpersonals ist.

Mich hat aber sehr verwundert, welche Folgerungen Sie daraus gezogen haben und welche Maßnahmen Sie vorschlagen. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich den Antrag mehrfach lesen musste, um wirklich glauben zu können, wie Sie, die Sie sich eigentlich im Gesundheitswesen auskennen, argumentiert haben. Ihre Argumentation ist nicht nur schwach, sondern auch unlogisch und hinten und vorne nicht stimmig.

Wie soll denn bitte schön die Investitionskostenförderung des Freistaats die Arbeitsbelastung reduzieren helfen? – Hier geht es um innerbetriebliche Abläufe und um innerklinische Organisation. Diese liegt in der Verantwortung des jeweiligen Trägers.

Die Investitionskostenförderung ist Sache des Freistaats Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die ist schlechter geworden! – Thomas Kreuzer (CSU): Stimmt doch nicht! – Volkmar Halbleib (SPD): Doch, natürlich!)

Die Betriebskostenförderung ist Sache der Krankenkassen. An diesem dualen System wollen wir festhalten. Wir wollen daran nicht rütteln.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da ist eine Schiefelage!)

Die Bezahlung der Gesundheits- und Krankenpfleger wird durch einen Tarifvertrag geregelt, bei dem der Staat keinen Part hat. Deshalb gibt es die beiden Tarifvertragsparteien, die das regeln.

Frau Waldmann, Sie halten fest, Sie wollen die Tarifautonomie nicht abschaffen. In Ihrem Antrag steht zu lesen: "Als Maßnahme komm[t] dabei [...] der Abschluss von Tarifverträgen [...] in Frage."

(Ruth Waldmann (SPD): Nein, nein, nein!)

Dann ist das eine von der SPD geforderte Abschaffung der Tarifautonomie.

(Volkmar Halbleib (SPD): Tarifverträge!)

Das ist wirklich mal eine Schlagzeile.

(Beifall bei der CSU)

Sie fordern die Einhaltung von Aspekten des Gesundheitsschutzes als Kriterium und Indikator bei der staatlichen Krankenhausplanung. – Auch das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Soll ein Krankenhaus mit beispielsweise 300 Betten aus dem

Plan gestrichen werden, wenn die Krankenhausplanungsbehörde – oder wer auch sonst – den Gesundheitsschutz der Mitarbeiter als nicht mehr gewahrt sieht? – Wonach wollen Sie denn dann künftig die Krankenhausplanung ausrichten? Wie sieht es denn dann mit der Bedarfsnotwendigkeit aus? Wie sieht es denn mit der Leistungsfähigkeit aus? Wo bleibt denn der Patient?

Die Folge Ihrer Forderung, dass ein Krankenhaus aus dem Plan gestrichen wird, ist, dass es nicht mehr zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung behandeln darf. Hier geht es um die Existenz der Häuser. Man kann ein geschlossenes Haus nicht einfach so wieder gleichsam ans Netz nehmen, kann es nicht an- oder ausknipsen wie einen Lichtschalter. Wie stellen Sie sich denn das vor? – Mit Planungssicherheit hat das nichts mehr zu tun.

Meine Damen und Herren, Sie erwecken den Eindruck, als seien die Krankenhäuser nachgeordnete Behörden der Krankenhausplanungsbehörde. Das ist schräg und befremdlich. Das ist sogar ein dramatischer Abfall an Qualität in unserer inhaltlichen Diskussion.

Jetzt könnten wir den Antrag aus diesen Gründen einfach ablehnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ach was! Überraschung!)

Er ist sachlich falsch und liefert evident keinen Beitrag zur Lösung des Problems.

Aber was würde passieren? – In Wahlversammlungen würden Sie den ersten Satz des Antrags zitieren: "Der Landtag unterstützt alle Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation in den Krankenhäusern Bayerns." – Und dann würden Sie sagen, dass die böse CSU dies ablehne. Die CSU habe kein Herz für das Pflegepersonal und für das ärztliche Personal. – So einfach geht das aber nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha!)

Das Gegenteil ist der Fall. Wir wissen nur, dass das, was Sie als SPD vorschlagen, nicht nur keine Lösung ist, sondern nicht einmal zur Lösung beiträgt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stattdessen weiße Salbe von der CSU!)

Lieber Herr Krahl, wir machen realistische Vorschläge. Deshalb bringen wir einen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag, der genau so beginnt und in dem dann festgestellt wird, dass die Ärzte und Pfleger tolle Arbeit leisten und dass zwei Punkte verbessert werden müssen.

Das betrifft zum Ersten das betriebliche Gesundheitsmanagement. Das Ministerium mit Melanie Huml an der Spitze hat den Präventionsplan des Freistaats Bayern aufgelegt. Dort spielt das betriebliche Gesundheitsmanagement eine wichtige Rolle. Diese wichtige Säule müssen wir weiter verbessern.

Ich will ein paar Zahlen nennen. Wir haben im Bereich der Kranken- und Gesundheitspflege in Deutschland insgesamt 766.000 Beschäftigte. Diese sind im Durchschnitt 19,3 Tage pro Jahr krank. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer ist pro Jahr 16,1 Tage krank, also 3,2 Tage weniger. Wenn wir es schafften, dass die Krankenpfleger im Durchschnitt die Differenz von 3,2 Tagen weniger krank wären, würden wir deutschlandweit umgerechnet zusätzlich 6.716 Stellen besetzen können. Das würde bedeuten, dass wir nicht 6.716 Kranken- und Gesundheitspfleger zum Einspringen aus der Freizeit und aus dem Urlaub holen müssten. Das wäre gelebte Entlastung der Gesundheits- und Krankenpfleger allein durch betriebliches Gesundheitsmanagement. Das ist ein großes Ziel, das wir weiter fördern wollen.

Zum Zweiten üben viele Pflegekräfte ihren Beruf nicht so lange wie andere Arbeitnehmer aus. Sie geben ihren Beruf recht früh wieder auf. Das liegt sicherlich an den Nacht-, den Schicht- und an den Sonntags- und Feiertagsdiensten, die alles andere als familienfreundlich sind. Man verkraftet die Umstellung des Schlafrhythmus auch nicht mehr so einfach, wenn man älter wird.

Deshalb unser Appell an die Tarifvertragsparteien: Die Nachtdienste und auch die Sonntags- und Feiertagsdienste müssen bei den Zuschlägen entsprechend besser honoriert werden. In der Folge könnten ältere Gesundheits- und Krankenpfleger ihren Beruf länger ausüben, weil die jüngeren, denen es nicht so viel ausmacht, vielleicht mehr das Geld sehen und einspringen. Das wäre eine wechselseitige Entlastung innerhalb des Kranken- und Pflegepersonals. Das ist unser Ziel. Deshalb wollen wir höhere Nacht- und Feiertagsdienstzuschläge beim pflegerischen Personal. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Den Antrag der GRÜNEN werden wir ablehnen; denn wir können davon ausgehen, dass sich staatliche Institutionen wie die Universitäten als Anstalten des öffentlichen Rechts an Recht und Gesetz halten. Das müssen wir nicht in einem Dringlichkeitsantrag formulieren. Wenn Sie ein Personalbemessungsinstrument für alle Ärztinnen und Ärzte fordern, dann gehen Sie davon aus, dass wir alle Kliniken über einen Kamm scheren können. Das ist aber nicht möglich. Außerdem ist die Forderung sehr bürokratisch, weil wir praktisch jedes einzelne Haus betrachten müssen. Wir müssten für jedes Haus ein Personalbemessungsinstrument entwickeln. Das ist rein fachlich und sachlich nicht möglich. Deswegen werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Kollege, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich Frau Ruth Waldmann gemeldet. – Bitte schön.

**Ruth Waldmann (SPD):** Ich muss offensichtlich noch einmal auf Folgendes hinweisen: Allen in diesem Hause ist bekannt, dass es in den Krankenhäusern eine duale Finanzierung gibt. Ich habe auf die bedauerliche Realität hingewiesen, dass querfinanziert wird, wenn die Investitionskostenförderung nicht ausreicht um Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes anbieten und durchführen zu können. Sie

haben in Ihrem eigenen Antrag ebenfalls Appelle an die Tarifvertragsparteien. Genau darum geht es uns. Uns geht es um den Gesundheits- und Arbeitsschutz für das Klinikpersonal. Ich habe an keiner Stelle gefordert, Krankenhäuser zu streichen. Wir sollten unsere Verantwortung für den Gesundheits- und Arbeitsschutz für Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und das übrige Personal im Gesundheitswesen wahrnehmen. Sie haben von den Patienten gesprochen. Es ist für die Patienten doch auch gefährlich, wenn in den Krankenhäusern ständig chronisch überlastete Ärzte und Pflegekräfte arbeiten. Das kann so nicht bleiben.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bitte schön.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Sehr geehrte Frau Kollegin, Ihr Antrag ist äußerst auslegungsbedürftig. Was Sie gerade gesagt haben, konnte ich nicht aus dem Antrag herauslesen. Sie haben weder kenntlich gemacht, dass Sie von der dualen Finanzierung wissen, noch dass Sie aus diesen Gründen keine Krankenhäuser schließen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist das Allerletzte! Das ist ja absurd!)

Sie müssen Ihren eigenen Antrag einmal durchlesen. Mir macht es doch auch keinen Spaß, Nachzieher zu formulieren. Entschuldigung, so geht es nicht.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Thema "Förderung von Krankenhäusern". Kein anderes Bundesland wird seiner Verpflichtung aus der dualen Investitionskostenförderung so gerecht wie der Freistaat Bayern. Allein für diese Periode, für fünf Jahre, haben wir drei Milliarden Euro vorgesehen. Das sind jedes Jahr 643,4 Millionen Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Neuerdings! 15 Jahre gekürzt!)

– Nein, Herr Halbleib, jedes Jahr. Zeigen Sie mir ein Bundesland, welches seiner Verpflichtung so gerecht wird. Das ist eine "Verhohnepipelung" der Krankenhauspla-

nungsbehörde und eine Klitterung der Tatsachen. Da können wir nicht mitgehen. Tut mir leid.

(Volkmar Halbleib (SPD): Rhetorik hilft den Krankenhäusern nicht!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Zur nächsten Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Krahl gemeldet. – Bitte schön.

**Andreas Krahl (GRÜNE):** Geschätzter Kollege Seidenath, ich fasse zusammen: Sie haben gerade vorgerechnet, dass wir X Stellen schaffen würden, wenn wir die durchschnittlichen Krankheitstage des Pflegepersonals auf den gesamten Durchschnitt in Deutschland reduzieren würden. Ich vermisse nicht nur in Ihrer Rede, sondern auch in Ihrem Antrag einen konkreten Weg, wie die CSU das schaffen möchte. Ich möchte darauf eine ganz konkrete Antwort haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Bernhard Seidenath (CSU):** Lieber Herr Kollege Krahl, wir nähern uns dem Problem jetzt schon eher. Wir haben im Präventionsplan des Freistaates Bayern sowie im Bündnis für Prävention viele gute Vorschläge, wie das geht.

(Andreas Krahl (GRÜNE): Einen konkreten!)

Letztlich ist der Krankenhausträger gefragt. Dabei unterstützen wir ihn gerne. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass ich nicht davon gesprochen habe, dass wir damit Stellen schaffen. Wir können durch die Reduzierung der Krankheitslast vorhandene Stellen besetzen.

(Andreas Krahl (GRÜNE): Wie schaut das aus?)

– Wie? – Das sind Leute, die arbeiten können und nicht ersetzt werden müssen. Wir schaffen es durch das betriebliche Gesundheitsmanagement. Wir schaffen es durch Maßnahmen, die vorgelegt werden. Wir werden uns darüber noch genauer im Ausschuss unterhalten.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

– Ja, noch einmal zu Herrn Halbleib: Über diese Frage können wir uns wirklich unterhalten, aber nicht einfach so. Herr Krahl, hierzu ist Hirnschmalz notwendig. Wir haben viele Ideen. Wir werden im Ausschuss darüber sprechen.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es momentan aussieht, werden wir nicht mehr zur Abstimmung kommen. Die Frau Staatsministerin wird die Schlussrede halten. Wir führen diese Diskussion aber natürlich zu Ende. Wir werden nächsten Dienstag im Rahmen des Plenums sowohl die einfache als auch die namentliche Abstimmung durchführen.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Ralf Stadler von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Ralf Stadler (AfD):** Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe SPD! Haben Sie den Schuss endlich auch gehört? – Mit den Arbeitsbedingungen des ärztlichen und vor allem pflegerischen Personals ist es nicht zum Besten bestellt. Dazu gratulieren wir herzlich. Wir gratulieren allerdings nicht zu diesem Antrag; denn es fehlt ihm an dermaßen viel Substanz, wie es Ihnen in der Regel an guten Wahlergebnissen fehlt. Wir hätten eher einen Gesetzentwurf erwartet als dieses Dringlichkeitsantragsgeschwafel, um sich vielleicht ein paar Stimmen für den Kommunalwahlkampf zu erkaufen. In diesem Sinne lehnen wir diesen Antrag ab.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr Oberschwafler!)

Bei Herrn Hagen habe ich heute bei seiner Rede am ehesten das Grinsen von gestern vermisst.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege, Sie sind der Oberschwafler von allen!)



**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Der nächste Redner ist Herr Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

**Dr. Dominik Spitzer (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die Arbeitsbelastung in den Kliniken ist massiv. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu diskutieren. Das brauchen wir überhaupt nicht schönzureden. Wir haben im ärztlichen wie im pflegerischen Bereich ein Riesenproblem. Wir haben zu wenig Personal, zu wenig Zeit für Zuwendung und zu viel Bürokratie. Diese Probleme müssen angegangen werden. Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Dabei müssen aber die Zuständigkeiten beachtet bleiben. Der Antrag der SPD schießt unserer Meinung nach etwas über das Ziel hinaus. Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag enthalten.

Im Antrag der GRÜNEN finden sich gute Ansätze. Aber Punkte wie beispielsweise die automatisierte und manipulationsfreie Erfassung der Arbeitszeiten stellen wir uns schwierig vor. Es wird schwierig, die Ärzte oder Pfleger zu chippen – Spaß beiseite. Das ist eigentlich nicht wirklich unser Problem. Unser Problem liegt im Fachkräftemangel. Diesen müssen wir abstellen. Deshalb werden wir uns auch bei Ihrem Antrag enthalten.

Wir sehen im Personalmanagement und im Bürokratieabbau die wichtigen Stellschrauben. Deshalb fordern wir von der Staatsregierung mehr Landesmittel für die Digitalisierung in den Kliniken, mehr Medizinstudienplätze, die Ausrichtung landespolitischer Anreize für die direkte Patientenversorgung, eine zukunftsweisende Akademisierung und Ausbildung in der Pflege mit entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung und eine schnellere und einfachere Anerkennung ausländischer Fachkräfte. All diese Maßnahmen müssen auf Landesebene dringend umgesetzt werden. Sie würden die Arbeitssituation nicht nur im Klinikbereich verbessern.

Liebe CSU, ich hätte mir bei Ihrem Anzieher, nein, Nachzieher – –

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Auszieher! – Allgemeine Heiterkeit)

bei Ihrem Nachzieher und dem darin enthaltenen Appell an die Tarifparteien mehr Konkretes gewünscht. Herr Seidenath, Sie haben bereits die Erhöhung der Feiertags- und Nachtzuschläge angesprochen. Man hätte sicherlich noch einen Zuschlag für Dienstübernahmen oder eine generelle Begrenzung der Bereitschaftsdienste und der Dienstwochenenden aufnehmen können. Trotz allem werden wir Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP – Bernhard Seidenath (CSU): Sehr vernünftig!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke schön. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Johann Häusler von den FREIEN WÄHLERN auf.

(Zuruf der Staatsministerin Melanie Huml)

– Verehrte Frau Staatsministerin, Sie kommen in jedem Fall dran. Das einzige, was wir nicht mehr schaffen werden, ist die Abstimmung. Das habe ich vorhin gesagt. Sie haben endlos Zeit.

(Zurufe und allgemeine Heiterkeit)

Sie entscheiden über Ihre Redezeit. So ist das. So sind die Rechte der Staatsregierung. – Herr Häusler, Sie haben das Wort.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Frau Staatsministerin, Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle gemeinsam, die wir heute hier vertreten sind, wollen die Arbeitssituation des Klinikpersonals verbessern. Der Antragstext der SPD stellt allerdings grundsätzlich den Versorgungsauftrag infrage. Ich erinnere nur an den Hinweis auf den ärztlichen Bereitschaftsdienst. Im Antrag wird zweitens den Krankenhäusern, der Pflegedienstleitung und der Personalverwaltung Unfähigkeit bis hin zu illegaler Abrechnung unterstellt. Das genau findet sich in dem Absatz. Drittens wird die gesetzlich geregelte Tarifautonomie verkannt; darauf haben schon zwei Redner vor mir hingewiesen.

Der Antrag kommt in der Begründung letztendlich zu irreführenden und falschen Schlussfolgerungen. Er eröffnet nämlich keine finanziellen Spielräume für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Investitionspauschalen haben einen ganz bestimmten Grund.

(Zuruf von der SPD)

Der Arbeitsschutz gibt keine finanzielle Mehrleistung für die Betroffenen her. Vielleicht sollten Sie sich einmal zu Gemüte führen, dass wir im Doppelhaushalt pro Jahr 643 Millionen Euro eingestellt haben. Das ist ein Aufwuchs gegenüber 2018 um 28 %. Das ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben somit – das ist auch dargestellt worden – auch keinen Investitionsstau.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Zum nachgezogenen Antrag der GRÜNEN aus Zeitgründen nur eine kurze Zusammenfassung: Dieser Antrag fokussiert sich im Grunde ausschließlich auf Universitätskliniken und formuliert letztendlich Allgemeinpositionen, die schon in der Praxis umgesetzt werden.

Deshalb lehnen wir die Anträge von SPD und GRÜNEN ab. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, der die gesamte Breite der Krankenhauslandschaft darstellt, wie bereits beschrieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Krahl. Bitte sehr.

**Andreas Krahl (GRÜNE):** Geschätzter Kollege Häusler, Sie haben unseren Antrag damit abgetan, dass er sehr viele Allgemeinpositionen enthalten würde, die in der Praxis schon umgesetzt würden. Nennen Sie mir eine Klinik in diesem Freistaat, die be-

reits ein Personalbemessungsinstrument eingeführt hat und das bereits funktioniert. Eine Klinik würde mir schon reichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben eine ganze Reihe von Themen aufgelistet, zum Beispiel die nichtärztliche Tätigkeit von Ärzten oder auch den Arbeitsschutz, die Weiterbildungsmaßnahmen und vieles andere mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist nicht die Antwort auf meine Frage!)

Auf Ihre Frage hat bereits der Kollege Seidenath Antwort gegeben. Das ist im Moment in der Umsetzung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

– Doch! Genau das ist die Situation. Es ist nicht anders, und das sollten Sie so zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Ich rufe nun Frau Staatsministerin Melanie Huml auf. – Liebe Melanie, du hast offiziell 9 Minuten und 55 Sekunden Redezeit, kannst aber länger reden. Ich muss Dir aber sagen: Dann haben auch die anderen Fraktionen anteilig ein weiteres Rederecht. Du bestimmst sozusagen, wann hier Schluss ist. Bitte schön.

(Zurufe und Heiterkeit)

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich es mir mit dem Hohen Hause nicht verscherzen möchte, möchte ich nur noch kurz einige Punkte ansprechen, die mir wichtig erscheinen. Ich glaube, dass allen Wortmeldungen zu entnehmen war, dass wir sehr

wohl darauf achten, wie es dem Personal in unseren Krankenhäusern geht, und dass wichtig ist, dass das Personal, das sich um kranke Menschen kümmert, bei der Arbeit nicht selber krank wird. Das ist entscheidend.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Krankenhäuser sind Tag und Nacht für die Bevölkerung da, egal ob es die Ärzte, die Therapeuten, das Pflegepersonal, die Verwaltung oder die Hauswirtschaft sind. Das sind alles Menschen, die sich im und um das Klinikum um die Patienten und deren Angehörige kümmern. Das alles ist sehr wichtig. Vieles ist davon allerdings auch Sache der Bundesebene. Das heißt, deswegen waren die Probleme mit der Unterschrift hier nicht einzubringen, weil das auf Bundesebene entschieden wird. Wir haben unsere Möglichkeiten auf Bundesebene immer wieder eingesetzt. Ich erinnere nur daran, dass es jetzt ein Personalstärkungsgesetz gibt. Damit ist es möglich, dass jede Pflegekraft, die benötigt wird, vom Krankenhaus eingestellt werden kann und dass diese Dinge auch refinanziert sind. Das ist wichtig und gut.

Ich bin allerdings auch bei Ihnen, dass die Krankenhäuser dann, wenn es darum geht, dass es genug Menschen gibt, die in diese Ausbildung gehen, ihre Möglichkeiten ausschöpfen. Es gibt ja, wie gesagt, inzwischen viele Möglichkeiten. Wenn Sie nun von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen, dann ist die konzentrierte Aktion Pflege auch explizit mit aufgenommen, hier möchte man noch Maßnahmen ergreifen. Dazu brauchen wir aber auch die Träger vor Ort, die sagen, was gewünscht wird und was gebraucht wird.

Wenn ich daran denke, dass die Pflegekosten aus den Fallpauschalen ausgegliedert werden sollen, dann sind das alles schon laufende Maßnahmen. Ich denke auch daran, dass die Tariflohnsteigerungen bei den Pflegekräften vollständig ersetzt werden sollen. All diese Maßnahmen wurden in jüngster Zeit auf den Weg gebracht. Sie zielen genau darauf ab, nicht an den Lohnkosten zu sparen, sondern genügend Personal einzustellen. Das ist der vernünftige Weg. Man muss diese Maßnahmen weiter fortfüh-

ren, und dann brauchen wir dazu auch das Personal, das dann angestellt werden kann. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, Menschen zu finden, die in diese Berufe gehen. Dann ist der Kreis, der in meinen Augen da ist, durchschlagen. Daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf noch kurz die Zahlen der letzten Jahre nennen. Zwischen 2008 und 2018 gab es ein Plus von circa 7.000 Ärzten auf 29.000 Ärzte und bei den Pflegekräften ein Plus von 10.000 auf rund 69.000 Kräfte in den Krankenhäusern. Sie sehen, da ist sehr viel Personal in den letzten Jahren in den Krankenhäusern eingestellt worden. Das muss man im Hinterkopf haben. Ich weiß, dass auch mehr Fälle behandelt werden konnten, weil die Liegezeiten kürzer geworden sind.

Das weiß ich, aber ich wollte doch gerne einmal die Fakten darstellen, dass die Entwicklung meiner Meinung nach in die richtige Richtung geht und dass wir auf diesem Niveau weiterarbeiten wollen. Im Übrigen ist es mir auch wichtig, im betrieblichen Gesundheitsmanagement weiter voranzukommen, sei es im Pflegeheimbereich oder auch im Krankenhausbereich. Da gilt es, dass auch die Träger mehr Bewusstsein dafür erlangen müssen, was in ihren Krankenhäusern los ist.

Wenn man jetzt sagt, die Krankenhausplanung und die Investitionen sollen zu Steuerinstrumenten werden – das ist der Vorschlag –, halte ich entgegen, dass das Ziel der Krankenhausplanung ein anderes ist. Es geht darum, festzulegen, welche Fachrichtungen und welche Anzahl an Betten in einem gestuften System in Bayern zu finden sind. Das gilt unabhängig davon, wer im Krankenhaus arbeitet, denn es geht darum, die Strukturen zu bestimmen.

Zu den Investitionen: Wir investieren in Bayern ziemlich viel. Diese 643 Millionen Euro, die wir zusammen mit den Kommunen investieren, sind kein Pappenstiel. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern merkt man, dass wir sehr wohl so viel investieren,

damit möglichst wenig Quersubventionierung notwendig ist. Solche Investitionen werden von uns abgedeckt, um ausreichend Geld für das Personal zu haben.

Und noch einmal: Bei den Pflegekräften ist geregelt, dass jede Pflegekraft auch bezahlt werden kann. Da haben wir schon vieles auf den Weg gebracht. Lassen Sie uns aber weiter daran arbeiten, um noch mehr Menschen für diese Berufe zu begeistern! Dann wird mir nicht bange, dass wir in den Krankenhäusern die Menschen weiterhin gut versorgen können.

An dieser Stelle sage ich noch mal ein herzliches Danke und Vergelts Gott an alle, die Tag und Nacht in den Krankenhäusern arbeiten, und an alle, die sich auch in der Politik darum kümmern, dass sich die Voraussetzungen in den Krankenhäusern weiter verbessern. Das Ziel ist richtig. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen! – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Die Abstimmungen werden, wie gesagt, am nächsten Dienstag im Plenum stattfinden.

Ich gebe noch bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/6162 mit 18/6166 sowie 18/6218 im Anschluss an die heutige Sitzung an den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen werden.

Ich wünsche eine schöne Heimfahrt und einen schönen Abend.

(Schluss: 18:10 Uhr)